

Protokoll der Parlamentssitzung

Montag, 12. Dezember 2005 18.00 bis 20.30 Uhr, Aula Primarschule Liebefeld

Vorsitz: Ackermann Judith, FDP

Anwesend: Antenen Peter, SP
Arm Alfred, SP
Balz Christian, FDP
Bichsel Bernhard, jfk
Bühler Evelyn, FDP
Burren Christian, parteilos
Bussard Lorenz, SVP
Caminada Ignaz, CVP
Deuber Beat, SP
Deutsch Sandra, FDP
Egli Claudia, SP
Graber Martin A., SP
Gysel Hermann, EVP
Hänni Thomas, FDP
Henggi Harald, FDP
Hofer Niklaus, SVP
Krebs Daniel, SVP
Lehmann Stefan, SVP
Lagger Valentin, CVP
Maibach Urs, GB
Mooser Barbara, FDP
Moser Hans, SVP
Pestalozzi Hansueli, GB
Riesen Anton, FDP
Rohrbach Verena, SVP
Salvisberg Ulrich, SVP
Schörlin Marlise, SP
Sedlmayer Katrin, SP
Stähli Markus, SVP
Staub Hugo, SP
Staub Stephie, SP
Streiff Marco, EVP
Troxler Elisabeth, SP
Vifian Christian, SP
Wyss Ursula, LdU
Zwahlen Rolf, EVP

Entschuldigt: Giger Beat, SD
Mader Mélanie, SP
Matter Brigitta, SD

Gemeinderat Mentha Luc, SP, Gemeindepräsident
Siegenthaler Hans, SVP, I. Vizepräsident
Berger Verena, SP
Sommaruga Simonetta, SP
Streiff Marianne, EVP
Studer Ueli, SVP
Wilk Urs, FDP

Ratssekretärin: Zürcher Elisabeth

Protokoll: Spahr Ruth

Geschäfte	Seite
1. Protokoll	140
2. Kommissionsersatzwahlen	140
3. Spezialkommission Bildungsreglement, Einsetzung und Wahl der Mitglieder	140
4. Voranschlag 2006 Genehmigung; Präsidial- und Finanzdirektion.....	141
5. Finanzstrategie 2006 bis 2010 Kenntnisnahme; Präsidial- und Finanzdirektion	142
6. Strassenlärmsanierung, Realisierung von Lärmschutzmassnahmen Rahmenkredit; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr	--
7. Anbau Polizeigebäude, Sägestrasse 42, Köniz Kredit; Direktion Gemeindebauten.....	--
8. Projekt stationäre Geschwindigkeitsmessenanlagen Kredit; Polizeidirektion	--
9. Dringliche Interpellation Deuber (SP/JUSO), Ackermann (FDP), Maibach (GB) betr. Agglomerationsstrategie Beantwortung 0525; Präsidial- und Finanzdirektion	--
10. Motion Wyss (LdU) betr. „Köniz Innerorts“ Beantwortung 0504; Präsidial- und Finanzdirektion	--
11. Überparteiliche Motion Troxler (SP/JUSO), Maibach (GB), Lagger (CVP) betr. Einführung der „Lokalen Agenda 21“ in der Gemeinde Köniz; Beantwortung 0505; Präsidial- und Finanzdirektion	--
12. Motion Graber (SP/JUSO) betr. „Rauchfreies Köniz“ Beantwortung 0508; Präsidial- und Finanzdirektion	--
13. Postulat Sedlmayer (SP/JUSO) betr. Mobilitäts-Set für NeuzuzügerInnen Beantwortung 0512; Präsidial- und Finanzdirektion	--
14. Postulat SP/JUSO-Fraktion betr. Mobilitätsmanagement Beantwortung 0513; Präsidial- und Finanzdirektion	--
15. Motion GB betr. Fussgängerverkehr Könizer Ortszentrum Beantwortung 0514, Direktion Planung, Umwelt und Verkehr	--
16. Motion FDP betr. beeinflussbare und nicht beeinflussbare finanzielle Verpflichtungen Beantwortung 0515; Präsidial- und Finanzdirektion	--
17. Motion SVP betr. Konzept zur Verkehrsentslastung der Region Mengestorfberg Beantwortung 0516; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr	--
18. Überparteiliches Postulat Sedlmayer (SP/JUSO) / Zwahlen (EVP) betr. Aufnahmestopp Familienergänzende Kinderbetreuung Beantwortung 0517; Direktion Soziales, Gesundheit und Schule	--
19. Motion SVP betr. Aufhebung der Poller-Lösung an der Landorfstrasse Beantwortung 0519; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr	--
20. Verschiedenes	
Nachtrag:	
5a Verwaltungsorganisationsreglement und Aufgabenüberprüfung im Gemeinderat Reglement; Präsidial- und Finanzdirektion.....	--

Begrüssung

Die Parlamentspräsidentin: Ich begrüsse euch herzlich zum heutigen sehr speziellen Abend. Einerseits verdauen alle noch die Wahlen vom 27. November 2005, und ich möchte es nicht unterlassen, allen Gewählten herzlich zu gratulieren; andererseits verabschieden wir nach der offiziellen Sitzung zwei Gemeinderätinnen und einen Gemeinderat. Heute ist alles etwas anders, und deshalb dauert die Sitzung bis höchstens 20.45 Uhr.

Appell

Der Appell ergibt die Anwesenheit von 34 Parlamentsmitgliedern. Unmittelbar nach dem Appell trifft Herr Marco Streiff und um 18.10 Uhr Herr Rolf Zwahlen ein. Herr Anton Riesen nimmt ab 19.00 Uhr an der Sitzung teil, so dass schliesslich 37 Parlamentsmitglieder anwesend sind. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen

Die Parlamentspräsidentin: In einem Nachversand wurde uns die Antwort auf die dringliche Interpellation Deuber / Ackermann / Maibach betr. Agglomerationsstrategie zugestellt.

Letzte Woche wurde uns noch das Geschäft 5a betreffend Verwaltungsorganisationsreglement zugestellt, nachdem die Spezialkommission K2005 ihre Vorberatungen am 1. Dezember abschliessen konnte. Der Grund für die Eile dieses Geschäftes ist folgender: Es ist sinnvoll, wenn der neu gewählte Gemeinderat bei der Zuteilung der Direktionen gleich zu Beginn der Legislatur weiss, ob das Parlament "grünes Licht" für die Reorganisation gibt oder ob alles beim Alten bleibt.

Ich schlage vor, die Traktandenliste der Reihe nach abzuarbeiten und den übrig gebliebenen Rest am nächsten Montag zu behandeln.

1. Protokoll der Sitzung vom 24. Oktober 2005

Das Protokoll der Sitzung vom 24. Oktober 2005 wird ohne Bemerkungen genehmigt.

2. Kommissionsersatzwahlen

Für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2006, liegt folgender Ersatzvorschlag vor:

- 0531 Primarschulkommission Oberscherli: Merz Turkmani Gabrielle, Untere Zelg 12, Oberscherli, 3145 Niederscherli (SP), anstelle von Lüthi Roland, Oberscherli

Die Parlamentspräsidentin erklärt die vorgeschlagene Kandidatin als gewählt und wünscht ihr alles Gute für das neue Amt.

3. Spezialkommission Bildungsreglement, Einsetzung und Wahl der Mitglieder

Herr Harald Henggi (FDP; GPK-Sprecher): Die GPK schlägt euch vor, das Geschäft Bildungsreglement, in welchem es unter anderem um die Neuorganisation der Schulkommissionen geht, vor der Behandlung im Parlament durch eine Spezialkommission vorprüfen zu lassen. Vorgeschlagen wird eine 9er-Kommission, möglichst mit Vertretern aus allen Ortsteilen der Gemeinde. Weil diese Kommission vor dem Jahresende noch eine erste Sitzung abhalten sollte, können nur Parlamentsmitglieder Einsitz nehmen, die für die nächste Legislatur wiedergewählt wurden. Zuerst muss jedoch nun darüber befunden werden, ob die Spezialkommission eingesetzt werden soll und - wenn ja - wie viele Mitglieder sie haben soll.

Die Parlamentspräsidentin: Wir stimmen darüber ab, ob überhaupt eine Spezialkommission eingesetzt wird und wenn ja, über deren Anzahl Mitglieder.

Herr Niklaus Hofer (SVP): Die SVP-Fraktion unterstützt die Einsetzung einer Kommission für die Bearbeitung des Bildungsreglementes. Wir dürfen keine Zeit verlieren, wenn wir das Bildungsreglement bis Schulbeginn 2006 in Kraft setzen wollen. Reicht die Zeit nicht für eine Kommissionssitzung, haben wir jedoch immer noch den Puffer, das Bildungsreglement im

Februar im Parlament zu behandeln. Die SVP-Fraktion beantragt die Bildung einer 9er-Kommission.

Herr Martin Graber (SP): Bildung ist wichtig, das bezweifelt niemand, nur beim Wie scheiden sich die Geister. Ich persönlich bin sehr überzeugt, dass teilautonom geführte Schulen erfolgreichere Schulen sind und das Bildungsreglement - das bereits in der Vernehmlassung war - ist ein erster Schritt dazu. Die Diskussion über die Schule wird mit Engagement geführt, nicht immer geht es jedoch sachlich zu und her. Immerhin hat man es ausnahmslos mit Expertinnen und Experten zu tun, denn wir besuchten alle einmal die Schule. Gerade wegen der Vehemenz, mit welcher über die Schule und ihre Strukturen diskutiert wird, muss das Bildungsreglement sehr sorgfältig eingeführt werden, und die Spezialkommission kann hiezu einen wichtigen und guten Dienst erfüllen. Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt deshalb die Einsetzung einer Spezialkommission, auch wenn wir dazu Fragezeichen haben. Fragezeichen zur eiligen Terminierung und zur Einsetzung der Mitglieder nach altem Proporz, denn über das Reglement wird das neu zusammengesetzte Parlament befinden. Die SP/JUSO-Fraktion befürwortet die Einsetzung einer 9er-Kommission.

Mit grossem Mehr beschliesst das Parlament die Einsetzung einer Spezialkommission mit 9 Mitgliedern für die Vorberatung des Bildungsreglementes.

Die Parlamentspräsidentin: In die Kommission können bei einer Grösse von 9 Mitgliedern folgende Parteien Wahlvorschläge einbringen: SVP und SP je 3, FDP 2 und EVP 1.

Herr Niklaus Hofer (SVP): Die SVP-Fraktion schlägt Hans Moser, Christian Burren und Daniel Krebs für die Spezialkommission Bildungsreglement vor.

Herr Valentin Lagger (CVP): Seitens der CVP/EVP/LdU-Fraktion schlagen wir euch Marco Streiff als Mitglied der Spezialkommission Bildungsreglement vor.

Frau Katrin Sedlmayer (SP): Die SP/JUSO-Fraktion schlägt folgende Mitglieder für die Spezialkommission Bildungsreglement vor: Martin Graber, Christian Vifian (den wir euch zugleich als Präsidenten vorschlagen) und Hansueli Pestalozzi vom Grünen Bündnis.

Herr Harald Henggi (FDP): Die FDP/jfk-Fraktion schlägt euch für die Spezialkommission Bildungsreglement Barbara Mooser und Evelyn Bühler vor. Es wäre nun angebracht, zu kontrollieren, ob alle Ortsteile genügend vertreten sind.

Die Parlamentspräsidentin: Auf den ersten Blick ist die Vertretung aller Ortsteile gewährleistet. Die Anzahl der Kandidierenden entspricht der effektiven Anzahl Sitze, somit sind die vorgeschlagenen Mitglieder gewählt.

Für das Präsidium wird der vorgeschlagene Christian Vifian einstimmig gewählt.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Die Kommission ist nun gebildet, und die Arbeit beginnt sofort. Nach Abschluss der Sitzung bitte ich die Kommissionsmitglieder zu mir, damit wir Terminfragen besprechen können und ich die Unterlagen abgeben kann.

4. Voranschlag 2006

Genehmigung; Präsidial- und Finanzdirektion

Herr Markus Stähli (SVP; GPK-Sprecher): Die GPK behandelte am 7. November 2005 sowie am 5. Dezember 2005 die Traktanden Voranschlag 2006 und Finanzstrategie 2006 bis 2010. Im Namen der GPK teile ich folgendes mit: Zuerst unser bester Dank an die Verwaltung und den Gemeinderat für die Arbeit am Voranschlag. Wir haben die an der Sitzung vom 7. November verlangten zusätzlichen Begründungen und Erläuterungen für die Sitzung vom 5. Dezember erhalten, insbesondere auch die Liste der Objekte, welche 2006 gestrichen oder reduziert wurden. Die GPK ist weiterhin nicht erfreut über die Landverkäufe, die getätigt werden müssen, um ein ausgeglichenes Budget zu erhalten, das vom AGR genehmigt wird. Sie nimmt jedoch davon Kenntnis, dass allfällige neue Landverkäufe sehr vorsichtig getätigt und mit sicheren Werten eingesetzt werden und nicht einfach "auf Vorrat" hin verkauft wird. Wir sind ebenfalls nicht erfreut über den gestiegenen Personalaufwand wie auch über die ständig steigenden Überwälzungen von nicht beeinflussbaren Kosten des Kantons auf die Gemeinden. Es gilt auch zu erwähnen, dass in der Phase der Budgetierung lediglich 60 Prozent der Steuererklärungen definitiv veranlagt waren und die 40 Prozent der noch nicht definitiv veran-

lagten grossen Schwankungen unterworfen sind. Der Weg bis zum Ziel, das sich der Gemeinderat gesetzt hat - bis 2009 den Bilanzfehlbetrag ausgeglichen zu haben - ist noch steinig. Ich gehe bewusst nicht auf Detailfragen ein, weil wir dazu in der GPK Unterlagen erhalten haben, die in den Fraktionen sicher bereits besprochen wurden.

Ich gebe noch die Empfehlungen der GPK bekannt: Sie empfiehlt euch einstimmig, Ziffer 1 und 2 des Beschlussesentwurfes zu genehmigen und mit 6 zustimmend und 1 teilweise zustimmend von Ziffer 3 Kenntnis zu nehmen. Vom Geschäft 5, Finanzstrategie empfiehlt die GPK dem Parlament einstimmig, Kenntnis zu nehmen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich gebe euch als weiteren Gesichtspunkt für die Entscheidungsfindung zum Budget 2006 die Hochrechnung zur Rechnung 2005 bekannt. Es sieht nicht sehr gut aus: Unsere Hochrechnung ergibt ein Defizit von 1,158 Millionen Franken, womit die Rechnung bei einem prognostizierten Ertragsüberschuss von 1,5 Millionen Franken um 2,6 Millionen Franken schlechter abschliessen wird als das Budget 2005. Allerdings muss festgehalten werden, und das sage ich in einem Atemzug mit der ersten Feststellung: Sehr Vieles ist noch nicht verbucht, was jedoch in der öffentlichrechtlichen Buchhaltung üblich ist. Zahlreiche Buchungen können erst im Dezember, zum Teil erst im Januar und Februar des nächsten Jahres vorgenommen werden.

Analysiert man die Hochrechnung und versucht die wichtigsten Elemente heraus zu filtern, kann folgendes erklärt werden: Beim Personalaufwand zeichnet sich ein Zuwachs von 600'000 Franken ab, was vor allem auf die Teuerungszulage und auf mehr Stellen im Sozialbereich zurückzuführen ist. Letztere Aufwendungen werden wir im Lastenausgleich gemäss Sozialhilfegesetz zu wesentlichen Teilen zurück erhalten. Beim Sachaufwand rechnen wir mit einem um ungefähr 1 Million Franken besseren Abschneiden als budgetiert. Dort zeigen die verbuchten Zahlen ein sehr erfreuliches Bild. Wir müssen jedoch davon ausgehen, dass viele Zahlungen noch im Dezember erfolgen werden. Bei den Erträgen kann festgestellt werden, dass die Steuern immer noch zu optimistisch budgetiert worden sind, wir rechnen mit Minder-einnahmen von ungefähr 860'000 Franken. Bereits im Budget 2005 wurden weniger Steuer-einnahmen budgetiert, aber offenbar immer noch zu wenig. Das genaue Resultat in diesem Bereich - der GPK-Sprecher erwähnte es - kennen wir erst im Februar 2006, wenn die Steuer-erklärungen definitiv veranlagt sind. Bei den Vermögenserträgen können hohe Mehreinnahmen verzeichnet werden. Das ist auf erhöhte Rückerstattungen von steigenden Transferaufwendungen - z.B. für den Sozialbereich - des Kantons zurückzuführen, aber auch auf eine sehr rege und aktive Tätigkeit unserer Baubewilligungsbehörde. Bei den Investitionen stellen wir fest, dass am Stichtag rund 54,4 Prozent realisiert waren; das ist, wie ein Blick in andere Investitionsrechnungen zeigt, ein sehr guter Wert. Auch hier lehrt uns aber die Erfahrung, dass die Investitionsrechnung im Dezember noch stark belastet wird.

Fassen wir alles zusammen, kann folgendes festgestellt werden: Im nicht beeinflussbaren Transferbereich sind Verschlechterungen - aus heutiger Sicht in der Höhe von rund 1 Million Franken - zu verzeichnen. Im beeinflussbaren autonomen Bereich stehen wir um rund 650'000 Franken schlechter da. Nehmen wir noch die prognostizierten Steuermindereinnahmen dazu, kommen wir auf die rund 2,6 Millionen Franken. Es handelt sich hierbei - ich betone dies - um eine Hochrechnung, grosse "Brocken" fehlen noch. Im Verlaufe der nächsten Jahre werden wir dank den gesammelten Erfahrungen die Hochrechnung immer besser erstellen können.

Detailberatung

Die Parlamentspräsidentin: Zuerst behandeln wir den Vorbericht, dann den Voranschlag 2006, anschliessend die gelben Seiten direktionsweise und die goldgelben Seiten, zum Schluss noch den Investitions- und den Finanzplan.

Herr Valentin Lagger (CVP): Ich bin der Meinung, dass zu einem solchen Geschäft ein grundsätzliches, übergreifendes Votum abgegeben werden kann. Ich nehme vorweg, dass das Budget 2006 keine Freude macht. Im Gegenteil, es macht eher etwas perplex, weil gerade neulich von einer Verbesserung der Situation gesprochen und versprochen wurde, den Bilanzfehlbetrag stetig abbauen zu können und die Situation im Griff zu haben. Perplex, weil erst vor kurzem gesagt wurde, die investitionsreichen Jahre seien nach dem Abschluss der Umbauten im Zentrum beendet. Betrachte ich die Gesamtinvestitionssumme der Gemeinde in der Höhe von über 15 Millionen Franken, kann kaum von einer Drosselung gesprochen werden. Perplex, weil wir zur Zeit noch von tieferen Abschreibungssätzen, die uns der Kanton

zugesichert hat, profitieren. Wäre dies nicht der Fall, müssten wir fast das Doppelte abschreiben, die Folgen wären fatal. Perplex, weil der Selbstfinanzierungsgrad mit knapp 40 Prozent für eine Zeit, die als Konsolidierungsphase gedacht war, geradezu dramatisch tief ist. Perplex, weil wir zur Zeit immer noch daran sind, Tafelsilber zu verscherbeln und trotzdem kein besseres Budget aufstellen können. Perplex, weil wir jetzt gerade gehört haben, dass die Hochrechnung für das Jahr 2005 noch viel schlechter ist als im Budget angenommen.

All dies führt für uns zu folgendem Fazit: Das Budget ist schlecht; die Hausaufgaben wurden nicht gut gemacht. Betrachten wir die Sache noch etwas näher, fällt auf, dass zum Teil noch Schlimmeres versteckt ist. Ein Detail: Überwiesene parlamentarische Vorstösse werden ohne klare Mitteilung nicht ganz umgesetzt, ich denke an die Erwachsenenbildung. In der heutigen Zeit ist Sparen durchaus angezeigt, das soll aber transparent geschehen. Trotz der schlechten Finanzsituation werden weiterhin Stellen geschaffen, und die Personalkosten sind seit der Rechnung 2004 um 4,3 Prozent gestiegen, was in der heutigen Situation sicher fehl am Platz ist. Im "Bund" konnte nachgelesen werden, dass die Rechnung bei der familienergänzenden Kinderbetreuung nicht aufgeht. Diese Aufgabe soll uns eine halbe Millionen Franken mehr kosten. Ich finde die Haltung des Gemeinderates in dieser Sache zumindest diskutabel. Man verzichtet auf eine Korrektur des Budgets, weil es sich - ich zitiere - um ein "Worst-Case-Szenario" handelt und weil - ich zitiere wiederum - "das Budget schon vor Monaten erstellt wurde und keine Möglichkeit bestanden hat, auf die neueste Entwicklung einzugehen". Mit dieser Aussage habe ich Mühe, denn der Gemeinderat weiss genau, dass die Situation so eintreten wird, wie seit Monaten bekannt ist. Über die familienergänzende Kinderbetreuung Köniz diskutieren wir bereits seit fast einem halben Jahr. Seit langem ist auch bekannt, dass der Kanton die Ansätze senken wird, und dass dies im Budget nicht mehr aufgenommen werden kann, bezeichne ich bestenfalls als Wahltaktik. Dass die Gemeinde beim Kanton in dieser Sache vorstellig werden will, ist zwar schön und sicher notwendig, jedoch zu hoffen, es ändere sich etwas an der heutigen Situation vonseiten des Kantons, dafür fehlt mir der Glaube.

Einige Kosten für Geschäfte, die wir heute eventuell beschliessen werden, sind nicht im Budget enthalten, während z.B. erkleckliche Mehrerträge aus Busseneinnahmen bereits im Budget berücksichtigt sind. Auch sind Stellen, die vielleicht geschaffen werden müssen, noch nicht im Budget enthalten. Fazit: Die Hausaufgaben sind nicht erfüllt. Das Könizer Parlament verhält sich schon seit längerer Zeit nach dem Prinzip des Produktebudgets, wir führen als strategisches Führungsorgan. Deshalb verzichten wir hier ganz bewusst auf Detailänderungsanträge. Es liegt am Gemeinderat zu sagen, wo was eingespart werden soll. Wir sagen nur, dass wir z.B. eine gute familienergänzende Kinderbetreuung in Köniz wollen. Kostet uns dies eine halbe Million Franken mehr, ist es Sache des Gemeinderates, dieses Geld zu finden. Die heute bereits gehörte Argumentation im Zusammenhang mit der Hochrechnung, dass die Transferzahlungen enorm gestiegen seien, greift letztendlich kurz. Richtig ist, dass die Transferzahlungen enorm gestiegen sind, aber diese werden von uns mit verursacht. Schaffen wir Stellen im Bereich des FILAG (Finanz- und Lastenausgleich), geben wir damit höhere Kosten in den FILAG ein.

Die CVP/EVP/LdU-Fraktion wird das heutige Budget mehrheitlich genehmigen, jedoch ohne Freude, im Bewusstsein, dass es wahrscheinlich noch viel schlimmer kommen könnte, und mit der ultimativen Aufforderung an den Gemeinderat, die notwendigen Sanierungsmassnahmen dringend an die Hand zu nehmen.

Herr Harald Henggi (FDP): Bevor wir in die Detailberatung gehen, ist nach meiner Meinung noch ein allgemeines Votum notwendig: Zuerst danke ich dem Gemeindepräsidenten für die Hochrechnung. Wir wissen, wie sie zu verstehen ist. Sie wird sicher mit der steigenden Erfahrung an Wert und Qualität gewinnen. Der Voranschlag 2006 ist nur im Zusammenhang mit dem Finanzplan und der Finanzstrategie zu betrachten, alle beginnen im Jahr 2006. Ich rufe in Erinnerung, dass die Rechnung im Jahr 2003 um 2,5 Millionen Franken besser abschloss als budgetiert, wir konnten 3,5 Millionen Franken vom Bilanzfehlbetrag abschreiben. Im Jahr 2004 lag es um 1,2 Millionen Franken besser, wir konnten etwas mehr als 1,5 Millionen Franken des Bilanzfehlbetrages abschreiben. Wie gesagt, müssen der Voranschlag 2006 und die Finanzstrategie 2006 - 2010 zusammen betrachtet werden. Nach unserer Meinung zeigt die Finanzstrategie in die richtige Richtung, die sechs erörterten Ziele können wir voll und ganz unterstützen. Nur muss jetzt der Weg auch konsequent gegangen werden. Angesichts der Hochrechnung - bei aller Würdigung der Ungenauigkeiten - stellen wir folgendes fest: Die familien-

externe Kinderbetreuung wird uns auf jeden Fall mehr kosten. Zum Geschäft 8, stationäre Geschwindigkeitsmessenanlagen: Im Budget 2006 ist ein Ertrag von 200'000 Franken aufgeführt, mögliche Zusatzkosten für EDV und Betriebskosten sind jedoch nicht enthalten. Dieses Geschäft ist notabene noch nicht beschlossen. Im Investitionsplan sind 2006 für Radaranlagen 800'000 Franken mit der Priorität C3 aufgeführt, was "Wunschbedarf mittelfristig" heisst. Auch die Blechpolizisten gehören somit in diese Kategorie. Bereits erwähnt wurde, dass für freiwillige Leistungen, auch für Personal, Beträge im Budget enthalten sind. Weitere Begehren - dessen bin ich sicher - werden folgen. Ich bitte das Parlament, die notwendige Disziplin walten zu lassen, damit erstens die Finanzziele erreicht werden können und wir zweitens wieder Handlungsfreiheit für unsere Gemeinde erhalten. Die FDP/jkf-Fraktion wird das hier vorliegende Budget genehmigen, ebenfalls die Finanzstrategie, zusätzliche Gelüste aber nie gutgeheissen.

Herr Stefan Lehmann (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für den ausgeglichenen Voranschlag 2006. Wir anerkennen, dass zum Teil restriktive Massnahmen für die Erreichung dieses Ziels notwendig sind und der Gemeinderat mit dieser Aufgabe gefordert war. Ist dieses Budget auf Kurs? Ich müsste eher sagen "jein". Für das Ziel, den Bilanzfehlbetrag um 178'000 Franken abzuschreiben, sind ausserordentliche Erträge von 3,4 Millionen Franken notwendig. Wir müssen erneut "Filetstücke" aus unserem Vermögen einsetzen, um die Laufende Rechnung zu decken und man kann sich leicht vorstellen, dass dieses Geld sinnvoller ausgegeben werden könnte. Ein grosse Unbekannte bleibt der Transferhaushalt, es ist noch nicht ersichtlich, welche zusätzlichen Belastungen auf die Gemeinde zukommen, wenn Standards wie z.B. jener der familienexternen Kinderbetreuung aufrecht erhalten bleiben sollen. Hier wird ein gewisses Lobbying beim Kanton notwendig sein. Wir haben festgestellt, dass im Finanzplan für das Jahr 2006, der dem Budget 2005 beilag, eine Abschreibung des Bilanzfehlbetrages in der Höhe von 514'000 Franken vorgesehen war, jetzt sind es nur noch 178'000 Franken. Hier wurde das Ziel nicht ganz erreicht. Im Jahr 2007 sind für die Abschreibung des Bilanzfehlbetrages 2,3 Millionen Franken vorgesehen, womit dem Gemeinderat noch ein grosses Stück Arbeit bevor steht. Der Bilanzfehlbetrag muss zwingend abgeschrieben werden, denn es kann nicht sein, dass der Kanton im Jahr 2010 der Gemeinde Köniz den Steuersatz vorgibt. Dies zu verhindern, wird in den nächsten Jahren unsere Hauptaufgabe sein, was kein Sonntagsspaziergang sein wird. Die SVP-Fraktion genehmigt Ziffer 1 und 2 des Beschlussesentwurfes des Gemeinderates und nimmt Kenntnis vom Finanz- und Investitionsplan.

Herr Christian Vifian (SP): Die SP/JUSO-Fraktion dankt dem Gemeindepräsidenten für die Darstellung der Hochrechnung. Auch wir haben den Eindruck, dass die Bekanntgabe einer Hochrechnung anlässlich der Budgetdebatte der richtige Weg ist. Wir geben hier bekannt, dass wir Ziffer 1 und 2 des Beschlussesentwurfes des Gemeinderates genehmigen und von Ziffer 3 Kenntnis nehmen. Fragen werden wir später stellen. Ich gebe noch zwei, drei Bemerkungen zu den weissen Seiten ab: Der Voranschlag sieht einen kleinen Gewinn vor, mindestens auf dem Papier, und das ist zu begrüssen. Mir ist klar, dass es schwierig zu prognostizieren ist, wie die Realität aussehen wird, und wir können vom Gemeinderat nicht verlangen, hieb- und stichfeste Prognosen zu stellen. Wir müssen immer bestrebt sein, die Finanzen im Griff zu halten. Ein wenig mehr Sorgen bereitet uns der sehr tiefe Selbstfinanzierungsgrad von lediglich 39,6 Prozent. Das Ziel wäre ein Anteil von 100 Prozent, was heissen würde, Finanzierungen mit eigenem Geld vornehmen zu können. Auch der Selbstfinanzierungsanteil von lediglich 3,51 Prozent ist bedenklich tief, sollte er doch bei rund 15 Prozent liegen. Wir können von Glück sprechen, dass wir im Moment auf dem Kapitalmarkt günstig Geld beschaffen können. Die Situation ist noch nicht alarmierend, aber ihr wisst selber, wie fragil der Geldmarkt ist, und ich bin nicht davon überzeugt, dass wir in den kommenden Jahren weiterhin mit solch tiefen Zinssätzen rechnen können. Aus diesem Grund sollte vor allem einem möglichen Schuldenabbau grosse Bedeutung beigemessen werden. Noch etwas Formales: Wir haben den Eindruck, dass die Darstellung des Voranschlages noch nicht optimal ist. Es geht nicht um die inhaltliche Korrektheit der Zahlen, sondern vielmehr um die Darstellung der Zusammenhänge. Wir bringen aus diesem Grund folgende Wünsche an: So lange der Voranschlag nicht gemäss den neuen Kriterien erfolgt - integrierte Aufgaben- und Finanzplanung - wäre es gut, wenn vermehrt auf folgende zwei Punkte Wert gelegt würde: A) auf eine generell bessere Lesbarkeit, vor allem im Zusammenhang mit einer Verbesserung der weissen Seiten. B) auf

die Darstellung - ein bereits alter Wunsch - der so genannten gebundenen Finanzströme im Verhältnis zu jenem Teil, über den die Gemeinde selber bestimmen kann. Sprechen wir von 182 Millionen Franken, stimmt das so nicht. Jener Teil, über welchen die Gemeinde effektiv bestimmen kann, macht im Schnitt 15 Prozent der Gesamtsumme aus, was im vorliegenden Budget rund 27 Millionen Franken sind. Aus diesem Grund wäre es für uns Parlamentsmitglieder - wir sind nicht alle bilanzgewohnt - sehr hilfreich, eine Darstellung vorzufinden, die relativ unkompliziert und transparent aufzeigt, wofür wir jene 27 Millionen Franken einsetzen, über welche wir bestimmen. Selbstverständlich kann dies auch aus dem heute vorliegenden Budget heraus gelesen werden, aber es ist nicht einfach. Vielleicht würde dann auch nicht mehr über die zweckgebundenen Ausgaben diskutiert, an welchen wir nicht "herumschrauben" können. Wir hoffen, dass sich der Gemeinderat diesem Anliegen annehmen wird, und danken ihm für die geleistete Arbeit.

Herr Urs Maibach (GB): Ich nehme vorweg, dass wir vom Grünen Bündnis Ziffer 1 und 2 genehmigen und von Ziffer 3 Kenntnis nehmen. Wir haben ebenfalls mit einer gewissen Besorgnis von der Hochrechnung Kenntnis genommen und hoffen, dass sich diese mit den endgültigen Zahlen noch etwas verbessern wird. Für uns ist ein gutes Budget ein ausgeglichenes. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass das Budget nach den ersten Eingaben um 4 Millionen Franken reduziert werden musste und gehen davon aus, dass in gewissen Direktionen noch etwas Luft vorhanden ist, um allenfalls noch weitere Reduktionen zu erreichen. Uns ist folgendes wichtig: Wenn derartige Kürzungen vorgenommen werden, müssen die entsprechenden Posten genau betrachtet werden. Ganz sicher dürfen Kürzungen nicht bei zukunftssträchtigen und für die Gemeinde Köniz wichtigen Positionen vorgenommen werden. Ich spreche explizit Aufgaben wie den öffentlichen Verkehr, Schulwegsicherungen oder familienexterne Kinderbetreuung an. Das Grüne Bündnis wird in den nächsten Budgetplanungen sehr genau darauf achten, dass in diesen Bereichen nicht zu viel gespart wird.

Herr Thomas Hänni (FDP): Valentin Lager sagte, das Parlament wolle dem Gemeinderat in Hinsicht auf die Kostenrechnung nur noch strategische Weisungen abgeben und nicht mehr an einzelnen Posten "schleifen". Er sprach jedoch Verschiedenes an, das die Rechnung ins Negative rutschen lässt, und aus diesem Grund stellt die FDP/jfk-Fraktion folgenden Antrag: In Anbetracht der sehr knappen Finanzlage möchten wir keine neuen Stellen mehr schaffen, bis der Bilanzfehlbetrag abgeschrieben ist. Nach unserer Meinung will der Gemeinderat gewisse nicht unbedingt notwendige Aufgaben erfüllen. Über jene zu schaffenden Stellen, die in den FILAG gehen, kann diskutiert werden, aber im jetzigen Moment den Service public auszubauen, ist nach unserer Meinung fehl am Platz. Ebenfalls ist die Teuerung, die dem Gemeindepersonal ausbezahlt ist, bei 0,5 Prozent zu belassen und die Beförderungskosten in der Höhe von 200'000 Franken dürfen daher nicht höher ausfallen.

Die Parlamentspräsidentin: Thomas Hänni, dieser Antrag muss bei der Diskussion über die einzelnen Direktionen bei der PFD (Präsidial- und Finanzdirektion) gestellt werden.

Herr Thomas Hänni (FDP): Die FDP/jfk-Fraktion stellt folgenden Antrag: In Anbetracht der knappen Finanzlage sollen keine neuen Stellen mehr geschaffen werden, bis der Bilanzfehlbetrag abgetragen ist.

Herr Beat Deuber (SP): Ich bitte euch, diesen Antrag aus folgenden Gründen abzulehnen: Im Bericht steht, wo die neuen Stellen geschaffen werden sollen. Die Stärkung im Bereich Kommunikation/Marketing ist ein jungfreisinniges Anliegen, das im Parlament bereits mehrmals gefordert wurde. Die Stellen im Bereich Sozialberatung und Vormundschaft sind lastenausgleichsberechtigt. Der grösste "Brocken" ist die neu zu schaffende Stelle in der Schulsozialarbeit, die von fast allen Parlamentsmitgliedern als wichtig betrachtet wurde, denn Schulsozialarbeit ist ein Teil von möglichen und effizienten Massnahmen gegen Gewalt und Vandalismus von Jugendlichen. Ich bitte euch, den beantragten neuen Stellen zuzustimmen.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Beat Deuber, es ist richtig, dass Marketing ein jungfreisinniges Anliegen ist, aber diese Stelle kann intern geschaffen werden, d.h. die Stellenprozente sollen nicht erhöht werden.

Herr Niklaus Hofer (SVP): Die SVP-Fraktion verlangt einen Sitzungsunterbruch, um sich mit ihren beiden Gemeinderäten zu besprechen.

Einstimmig beschliesst das Parlament einen Sitzungsunterbruch von 10 Minuten.

Herr Thomas Hänni (FDP): Nach einigen Diskussionen in unserer Fraktion stellen wir den Antrag wie folgt: Wir beantragen dem Gemeinderat, den Status quo der vorhandenen Stellenprozente zu erhalten und bis zum Ausgleich des Bilanzfehlbetrages keine zusätzlichen zu schaffen. Stellen können jederzeit bewilligt werden, jedoch nur innerhalb der bestehenden Stellenprozente.

Herr Valentin Lagger (CVP): Die CVP/EVP/LdU-Fraktion wird sich dem Antrag teilweise anschliessen. Die Zustimmenden sind der Meinung, dass es grundsätzlich nicht unsere Aufgabe ist, zu jedem Detail des Voranschlages Änderungen anzubringen, das Parlament aber durchaus das Recht hat, strategische Vorgaben zu machen. In Anbetracht der doch sehr schlechten Finanzlage ist es angemessen, zumindest eine Plafonierung der heute bestehenden Stellenprozente vorzunehmen.

Herr Urs Maibach (GB): Wir vom Grünen Bündnis sehen die Ausgaben und möchten dem Gemeinderat die Auflage erteilen, nach Möglichkeit nicht neue Stellen zu schaffen, sondern die Bedürfnisse innerhalb der vorhandenen Stellenprozente zu decken. Wir sind der Ansicht, dass der Gemeinderat dafür verantwortlich ist, uns ein ausgeglichenes Budget vorzulegen. Es gilt jedoch zu bedenken, dass diese Stellenplafonierung nicht bis ins Jahr 2009 festgelegt werden sollte. Wir sprechen hier über den Voranschlag 2006 und nicht über die weiteren Jahre. Einen Antrag, der eine Stellenplafonierung über das Jahr 2006 hinaus verlangt, würden wir auf jeden Fall ablehnen.

Herr Christian Burren (SVP): Die SVP-Fraktion bringt dem Antrag durchaus Sympathie entgegen. In Anbetracht des Budgets 2006 wissen wir um die angespannte finanzielle Lage, und es ist angebracht, keine neuen Stellen zu schaffen, sondern Vakanzen und allfällige neue Bedürfnisse durch Verschiebungen vorhandener Stellenprozente abzudecken, denn wir wollen nicht Projekte wie die Schulsozialarbeit oder die Beschäftigungsprogramme gefährden. Wir behalten uns jedoch vor, zu gegebener Zeit mit einem parlamentarischen Vorstoss eine Plafonierung der Stellenprozente bis zum Ausgleich des Bilanzfehlbetrages zu fordern.

Herr Beat Deuber (SP): Nach meiner Meinung ist dieser Antrag ein Hüftschuss - er kann nicht von mir sein, denn meine Hüfte ist defekt -, denn es ist illusorisch zu meinen, die Aufgaben könnten tel quel andernorts eingespart werden. Ich möchte dem Gemeinderat nicht unterstellen, dass der Antrag für die Stellenprozente einfach so gestellt wurde und mit Verschiebungen innerhalb der vorhandenen Stellenprozente geregelt werden kann. In diesem Antrag sind neue, zum Teil vom Parlament beschlossene Aufgaben enthalten. Wenn das Parlament A sagt, soll es nach meiner Meinung auch B sagen. Es ist nicht einfach - ich komme auf die Schulsozialarbeit zu sprechen - die Stelle des Schulsozialarbeiters an einem andern Ort in der Verwaltung einzusparen, rein technisch ja, aber dann "brennt" es im nächsten Budget andernorts bereits wieder. Ich bin der Meinung, wir müssen unsere bestellten Leistungen bezahlen oder uns bei der Bestellung deren Finanzierung überlegen. Ich hätte gerne noch eine Aussage des Gemeinderates zum Vorschlag, dass neue Stellen innerhalb der vorhandenen Stellenprozente gesucht werden sollen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich hole etwas aus, um letztendlich zum Antrag Stellung zu nehmen: Das Budget 2006 ist tatsächlich als kritisch zu betrachten. Der Konsolidierungsprozess läuft, aber unter immer schwieriger werdenden Bedingungen. Wir sprachen nie von "klar auf Kurs sein". Seit meinem Amtsantritt erklärte ich immer, es brauche relativ wenig, um vom Kurs abzukommen. Der Gemeinderat erliess strenge Budgetweisungen, und die Verwaltung sowie Vorsteherinnen und Vorsteher lieferten eine erste Budgeteingabe unter deren Einhaltung ab. Das Ergebnis lag 4 Millionen über dem Budget. In einem sehr, sehr langen und aufwändigen Prozess wurden 500 Einzelkorrekturen vorgenommen und der von mir beschriebene Ertragsüberschuss erreicht. Somit ist ein erstes Fazit gezogen; wir haben die zusätzlichen im Budget aufgeführten Stellen kompensiert. Heisst ihr den Antrag der FDP gut, sehe ich brandschwarz für die hier eingesetzten zusätzlichen Stellenprozente, auf deren einzelne Bedeutung ich noch zurück kommen werden.

Wir haben bereits einen Bremsweg von 4 Millionen Franken hinter uns, um die Veränderungen im Transferbereich und die Entwicklung im Steuereinnahmenbereich aufzufangen. Den Personal- und Sachaufwand haben wir, trotz dieser zusätzlichen Stellenprozente, im Griff. Auf Seite 13 des Voranschlages ist die von mir aus gesehen entscheidende Grösse für die Beurteilung, ob wir den Aufwand im Griff haben, aufgeführt: Der Personalaufwand beträgt 22,85

Prozent. Trotz Teuerung und einer kleinen Beförderungsquote sinken unsere Personalaufwendungen bezogen auf den Gesamtumsatz. Die Steuereinnahmen mussten erheblich nach unten korrigiert werden, und im Transferhaushalt mussten wir von einer Erhöhung um netto 2,7 Millionen Franken Kenntnis nehmen. Ich verstehe die Voten von Harald Henggi, Valentin Lagger und weiteren sehr gut, welche ihre Sorge um die finanzielle Situation der Gemeinde Köniz zum Ausdruck bringen, gebe aber folgendes zu bedenken: Die Gemeinde Köniz sowie zahlreiche andere Gemeinden im Kanton haben dieselben Sorgen, und die Entwicklung im Transferbereich, welche nur zu einem kleinen Teil beeinflussbar ist, ist ein Phänomen, das uns einen ganz bösen Strich durch die Rechnung macht. Im Parlament können sehr wohl auf der strategischen Ebene Forderungen gestellt werden. Steht man jedoch als Exekutive im Budgetprozess und sieht, dass im Finanzplan vorgesehene Einnahmen nicht eintreffen, dass Transferhaushalte steigen, ist es nicht einfach, noch weitergehende Kompensationen vorzunehmen, um notwendige Stellen zu schaffen. Wir haben die Investitionen im steuerfinanzierten Bereich auf 8 Millionen Franken gedrosselt, auch das ist ein Fahren mit angezogener Bremse. Alles andere, das uns hier als Kritik entgegengerichtete, kann ich nicht verstehen.

Eine Bemerkung zum Selbstfinanzierungsgrad: Es wurde richtig festgestellt, dass dieser dramatisch tief ist. Wenn man ihn jedoch bezogen auf den steuerfinanzierten Haushalt analysiert - das ist im Papier Finanzstrategie nachzulesen - liegt er bei über 60 Prozent, aber immer noch nicht am vom Gemeinderat gewünschten Ort. Er liegt deshalb so tief, weil uns der Kanton tiefere Abschreibungssätze eingestanden hat, was die Berechnung des Selbstfinanzierungsgrades verändert. Im spezialfinanzierten Haushalt wird die Deponie Gummersloch für ungefähr 2,6 Millionen Franken saniert, was den Selbstfinanzierungsgrad nach unten drückt. Diese Spezialfinanzierung wird auslaufen, wenn das Geld aufgebraucht ist. Das deshalb entsprechend schlechte Ergebnis der Selbstfinanzierung in den spezialfinanzierten Aufgaben darf uns nicht mit derselben Sorge erfüllen, wie sie zum Teil geäußert wurde.

Zur Verscherbelung des Tafelsilbers: Was zu diesem Thema geäußert wurde, ist zum Teil nicht falsch, aber der Gemeinderat hat die Weichen für künftige Landgeschäfte dahingehend gestellt, dass Land nur noch im Baurecht abgegeben werden soll. Im Rahmen einer strategischen Landpolitik, welche der Gemeinderat seit Jahrzehnten betreibt, Land im Baurecht abzugeben und zusätzliche Einwohner und Unternehmen in die Gemeinde zu holen, kann nicht mehr von "Verscherbeln von Tafelsilber" gesprochen werden. Das sind meine wichtigsten Einwände. Zum Einwand in Bezug auf die familienexterne Kinderbetreuung wird Herr Gemeinderat Ueli Studer Stellung nehmen.

Ich komme nochmals auf die bereits erwähnten Stellenprozente zu sprechen: Ich versuchte euch klar zu machen, dass wir einen ganz schwierigen Weg für die Erreichung der schwarzen Null mit der Abschreibung des Bilanzfehlbetrages um 178'228 Franken zurücklegen mussten. Wenn hier noch zusätzliche Kompensationen für die Schaffung dieser Stellen verlangt werden, verlangt ihr zuviel. Der Gemeinderat ist der Meinung, diese zusätzlichen Stellen seien zu verantworten und wichtig für die Entwicklung unserer Gemeinde. Es geht letztlich auch darum, dass wir als Gemeinde attraktiv bleiben und in diesem Sinne auch unser Steuersubstrat pflegen. Kommunikation und Marketing gehören zu jenen Bereichen, die gepflegt werden müssen, hier teile ich die Auffassung der Jungfreisinnigen. Wir machen einen kleinen dosierten Schritt in Richtung Verstärkung von Kommunikation und Marketing, was für die Attraktivität der Gemeinde Köniz wichtige Konsequenzen hat. Im Kulturbereich geht es um dasselbe, wir haben einen grossen Nachholbedarf und Mitarbeiterinnen, die viel mehr arbeiten als sie bezahlt sind. Dieser Umstand ist unwürdig und nicht korrekt. Wir sollten ihn beenden und dosiert einen kleinen Schritt vorwärts machen. Bei Sozialberatung und Vormundschaft ist zu beachten, dass der Kanton im Lastenausgleich Rahmen vorgibt, wann zusätzliche Stellen geschaffen werden können. In der Gemeinde Köniz ist es üblich, die vom Kanton vorgegebenen Rahmen nie voll auszuschöpfen. Wir müssen aber dafür sorgen, dass unser Personal im Vormundschaftsbereich und in der Sozialberatung nicht völlig ausbrennt und wir nicht eine Kündigungswelle haben, die uns arg in die Bredouille bringen könnte. Ich wiederhole: Wir stellen im Sozialbereich immer weniger Stellen zur Verfügung als wir vom Kanton her die Möglichkeit hätten und schaffen neue Stellen nur, wenn sie wirklich notwendig sind. Werden die Fallzahlen in der Sozialhilfe grösser, muss eine gewisse Verstärkung des Personals erlaubt werden, sonst riskieren wir in diesen Diensten Burnout-Syndrome, was wir nicht verantworten können. Die Schulsozialarbeit gehört ebenfalls zum Stichwort Pflege des Steuer-

substrates und der Attraktivität unserer Gemeinde. Sie gehört zu einem System, das Schulen, die entsprechende Bedürfnisse wegen hohen Ausländerzahlen und anderen Phänomenen der Soziodemographie haben, zusätzlich Hilfestellung geben kann. Das ist wichtig für die Einwohnenden der Gemeinde. Wir haben nicht an jeder Schule Schulsozialarbeitende, sondern nur gezielt an jenen, an welchen es wirklich notwendig ist.

Deshalb ersuche ich euch, den Antrag - für welchen ich als Finanzminister durchaus Verständnis habe - abzulehnen. Wir haben die Mehraufwendungen für die Stellenschaffungen von 190'000 Franken in einer sehr schmerzhaften und anstrengenden Bremsübung kompensiert. Wir haben mit dieser Übung der Verwaltung sehr viel zugemutet, und mehr liegt nach meiner Auffassung nicht drin. Im Übrigen wird sich der Gemeinderat an seine Kompetenzen im Bereich des Personalwesens halten. Ich versuchte euch aufzuzeigen, dass ich Verständnis dafür habe, dass ihr diesen kritischen Weg mit Argusaugen betrachtet, auch dafür, wenn ihr erklärt, der Stellenmehraufwand solle kompensiert werden. Ich versuchte euch aufzuzeigen, dass wir den Stellenmehraufwand zusammen mit dem Finanzplan und der Finanzstrategie - wo wir auch noch ein Sanierungspaket von 2 Millionen Franken pro Jahr schnüren wollen - so vorgenommen haben, dass die Zielsetzung der Sanierung unseres Finanzhaushaltes erreicht wird. Aus diesem Grund bitte ich euch, den Antrag abzulehnen, denn eine Gemeinde, die gar nichts mehr macht und sich nur noch auf die Verwaltung ihrer Aufgaben beschränkt, verliert an Profil, und das wäre schade.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich bin nicht ganz sicher, ob der Zeitpunkt richtig ist, aber ich gebe meine Stellungnahme zur familienergänzenden Kinderbetreuung ab: Valentin Lagger, dein Votum verstehe ich aus eurer Sicht, muss jedoch deutlich sagen: Wenn der Kanton die Spielregeln während des Spiels ändert, wird es für uns extrem schwierig. Zum Zeitpunkt - das erkläre ich nun zum wiederholten Mal - der Budgetierung lagen uns noch keine Fakten vor und wir konnten deshalb die Auswirkungen des ASIV noch nicht im Budget aufführen. Der Gemeinderat hat sich in der Zwischenzeit intensiv damit befasst, und gemäss dem heutigen Wissensstand müssen wir davon ausgehen, dass die Gemeinde im Jahr 2006 487'000 Franken ausserhalb des Lastenausgleiches selbst finanzieren muss. Gemäss Kalkulation hätte die Gemeinde 592'000 Franken übernehmen müssen. Der Gemeinderat beauftragte die Direktion SGS deshalb damit, die qualitativen und quantitativen Standards gemäss ASIV umzusetzen, woraus sich Einsparungen von 181'000 Franken pro Jahr ergaben. Davon können im Jahr 2006 105'000 Franken und im Jahr 2007 75'900 Franken (Personalmassnahmen) realisiert werden. Ich teile euch mit, dass zum heutigen Zeitpunkt - kurz vor Weihnachten und Ende Jahr - vom Kanton noch keine Ermächtigung für die familienergänzende Kinderbetreuung Köniz für das nächste Jahr vorliegt.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich ergänze diesen Punkt noch: Was wir euch aufgezeigt haben und Gemeinderat Ueli Studer anlässlich der GPK-Sitzung offen legte, ist der Zwischenstand eines Verfahrens, in welchem wir zusammen mit dem Kanton stecken. Die aufgeführten Beträge sind in diesem Sinn der schlimmst mögliche Tatbestand, der eintreten könnte, und ich gehe davon aus, dass er im Rechnungsergebnis 2006 anders aussehen wird, und zwar aus verschiedenen Gründen: Erstens werden wir direkt bei der GEF vorstellig und wehren uns, zusammen mit dem VRB (Verein Region Bern) und mit dem Verband bernischer Gemeinden, gegen die Kostenvorgaben des Kantons. Falls der Kanton nicht einlenkt, werden wir zweitens eine entsprechende Beschwerde einreichen und den Rechtsweg beschreiten, weil ASIV, welches uns zu diesen Sparmassnahmen zwingt, auf stillem und heimlichem Weg den Selbstbehalt der Gemeinden im Bereich der sozialen Aufgaben des Kantons einführt. Es gibt den FILAG und ein Sozialhilfegesetz, die vorschreiben, dass sich der Kanton mit 50 Prozent an den entsprechenden Kosten beteiligen muss. ASIV verletzt den Grundsatz von FILAG und Sozialhilfegesetz, und deshalb hat eine entsprechende Beschwerde durchaus Chancen. Wenn letztlich alle Stricke reissen, gibt es noch folgendes Phänomen zu bedenken: Sollte der Kanton bei uns erfolgreich 480'000 Franken herausstreichen, kann er dies bei allen anderen Gemeinden im Kanton Bern, welche Kinderkrippen- und Tagespflegeplätze anbieten, auch tun. Entsprechend wird das Volumen der Aufwendungen in diesem Bereich sinken, und wir werden entsprechend weniger daranbezahlen müssen. Der Betrag von 480'000 Franken ist ein Zwischenstand und der schlimmst mögliche Tatbestand. Bei dieser ungewissen Sachlage eine präzisere Budgetierung der Rückerstattungen aus dem Sozialhilfeausgleich vorzunehmen, wäre nicht seriös und kann zum heutigen Zeitpunkt nicht gemacht werden.

Herr Harald Henggi (FDP): Erstens, Luc Mentha zur Sparübung von 4 Millionen Franken bei 500 Konten: Das ist nicht mehr als üblich, denn jeder Budgetprozess hat bereits mehrere "Knetphasen" hinter sich. Zweitens möchte ich betreffend Personal persönlich etwas erklären: Ihr wisst, ich bin kein grosser Freund davon, dass das Parlament wieder operativ eingreift. Wir haben einen Beschluss, über welchen wir abstimmen werden und ich denke, es wird am Gemeinderat sein, das Beschlossene zu erreichen. Diese Chance müssen wir ihm geben. Wir können die Geschichte immer verfolgen und entsprechend mit einem Vorstoss eingreifen, wenn uns dies als notwendig erscheint.

Herr Valentin Lagger (CVP): Mir ist ein Satz von Luc Mentha in seinem Votum vorhin aufgefallen: Der Gemeinderat werde sich an seine Kompetenzen halten. Übersetzt heisst das völlig richtig, der Gemeinderat wird jene Stellen, die er als absolut notwendig erachtet, trotzdem schaffen. Wir werden im Parlament eine politische Meinungsäusserung dazu abgeben und sagen, die Situation sei im Moment - um es freundlich zu formulieren - ungünstig und erwarten vom Gemeinderat, dass er alle ihm möglichen Massnahmen trifft, um die Situation zu entschärfen, und erklären in unserer Eigenschaft als strategisches Führungsorgan noch, nach Lösungen sei unter anderem in diesem Bereich zu suchen. Mit dem vorliegenden Antrag nehmen wir eine politische Führungsaufgabe wahr und nicht mehr.

Herr Thomas Hänni (FDP): So wie der Gemeindepräsident sein Votum abgegeben hat, könnte man meinen, es gehe in Köniz am 1. Januar 2006 nicht mehr weiter, wenn keine neuen Stellen geschaffen werden können, die Gemeinde werde absolut unattraktiv. Ich sehe das etwas anders, denn wir haben in unserer Gemeinde viel Attraktives, wir verfügen z.B. im Dreispitz, wo neue Gebäude entstehen, über eine wunderschöne Wohnlage. Ob ein Interessierter in Köniz eine Wohnung kauft oder nicht, wird nicht daran scheitern, ob in Niederscherli Schulsozialarbeit besteht oder nicht. Unsere Gemeinde verfügt über viel Schönes, das Leute dazu bewegt, sich hier anzusiedeln, auch wenn wir in dieser knappen Phase den Service public etwas bremsen und nicht ausbauen. Deswegen, dessen bin ich mir sicher, wird unsere Gemeinde nicht unattraktiver. Ich habe noch eine Frage: Luc Mentha erklärte, der Personalaufwand gehe von 23,02 auf 22,58 Prozent zurück, auf Seite 3 steht jedoch im Vergleich zur Rechnung + 4,3 Prozent, und gegenüber dem Voranschlag 2005 wird eine Zunahme von 2,8 Prozent ausgewiesen. Ich bin nicht dagegen, Stellen zu schaffen, wenn die Finanzen dies zulassen, aber im jetzigen Zeitpunkt, wo das Geld dafür nach meiner Meinung wirklich fehlt, müssen die bestehenden Stellenprozente erhalten bleiben und dürfen nicht ausgebaut werden. Der Bürger auf der Strasse versteht solches nicht, und wer zahlt schlussendlich die Zeche dafür?

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich beginne beim zuletzt gefallenen Votum: Die Zahl auf Seite 3 beim Personalaufwand betrachtet allein den Personalaufwand und die Entwicklung gegenüber dem Vorjahr. Aber die Zahl auf Seite 13 setzt den Personalaufwand in Relation zum Gesamtaufwand und zeigt aus unserer Sicht eine Entwicklung auf, die als kontrolliert bezeichnet werden kann. Zu Harald Henggi möchte ich bestätigen, dass es üblich ist, in Budgetphasen Überarbeitungsrounden vorzunehmen. Nicht üblich ist es jedoch, dass Verwaltung und Direktionen die Vorgaben bereits in der ersten Runde eigentlich einhalten, Entwicklungen im Transferhaushalt und bei den Steuern aber Korrekturen in der Höhe von 4 Millionen Franken notwendig machen. Diese Sparübung war sehr erheblich und im heutigen Zeitpunkt muss ich erklären: Ich sehe schwarz, wenn ihr erwartet, die zusätzlichen Stellen könnten mittels Kompensationen geschaffen werden.

Der Antrag der FDP/jfk-Fraktion, die Stellenprozente auf dem Status quo zu halten, bis der Bilanzfehlbetrag abgebaut ist, wird mit 10 : 19 Stimmen, bei einigen Enthaltungen abgelehnt.

Frau Elisabeth Troxler (SP): Ich habe eine Frage zum Konto 241 öffentlicher Verkehr auf Seite 118. Es betrifft die Position 241.361, eigene Beiträge / Kanton. Wie viel Geld sparte die Gemeinde mit der Einstellung des Abendbetriebes der Linie 16 Gurten-Gartenstadt ein und wie wirkt sich das auf die Laufende Rechnung aus? Dieser Betrag ist sicher klein, lediglich 15'000 bis 17'000 Franken, aber die Quartierbewohnenden interessieren sich sehr dafür. Wie steht es im Bereich des Kontos 241.361 in der Hochrechnung, das auf 3,97 Millionen Franken budgetiert ist? Ich frage dies, weil das Budget im Jahr 2004 um fast 100'000 Franken unterschritten wurde. Budgetunterschreitungen sind immer positiv, aber muss die Gemeinde ausgerechnet beim öffentlichen Verkehr sparen?

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Mit der Einstellung des Abendbetriebes der Linie 16 wird die Rechnung des öffentlichen Verkehrs um rund 17'000 Franken entlastet, wirksam wird das erst im nächsten Jahr sein, weil nicht "echtzeitmässig" abgerechnet wird, denn wir bezahlen dieses Jahr das im letzten und nächstes Jahr das in diesem Verursachte. Die Kosten für den öffentlichen Verkehr sind mit insgesamt 4 Millionen Franken budgetiert, eine Zahl, die uns vom Kanton - jeweils im September - angegeben wird. Was alles anfällt und vorgenommen wird, können wir nicht beeinflussen, einmal können es 50'000 Franken weniger sein als vom Kanton veranschlagt, aber ein anderes Mal auch 150'000 Franken mehr. Dies hängt z.B. davon ab, wie viele bauliche Massnahmen getroffen werden. Darauf ist unser Einfluss sehr klein. Unser Einfluss ist dort grösser, wo wir sagen können, ob z.B. eine Haltestelle gebaut werden soll oder nicht. Diese Kosten werden in einen Topf geworfen und proportional allen betroffenen Gemeinden verrechnet. In der Hochrechnung sind - wie im Budget - 4 Millionen Franken aufgeführt, und die Bestätigung kam mit Datum 5. Dezember 2005, wir benötigen 3'964'096.08 Franken. Diese Zahl ist jedoch noch nicht garantiert und kann sich immer noch verändern.

Herr Alfred Arm (SP): Ich bin der vielleicht etwas naiven Ansicht, dass Vorstösse, wenn sie angenommen werden, und kostenfällig sind, im Budget zu erkennen sind. Ich spreche vom Vorstoss 0415 betr. Förderung zeitgemässer Erwachsenenbildung, der vom Parlament erheblich erklärt wurde. Ich gebe ein paar Stichworte: Der Kanton erstellt neu ein Weiterbildungsgesetz und die Befürchtungen waren gross, Geld zu verlieren. In neuer Form können nun Projekte und Programme eingegeben werden, um Mittel für deren Durchführung in der Gemeinde Köniz zu erhalten. Wir entdeckten damals ein Kürzungsszenario, denn für das Könizer Kursprogramm der Erwachsenenbildung "Rebeka" sollten die Mittel gestrichen werden. Nun ist im Voranschlag auf Seite 129, Position 370 Hauswirtschaft und Erwachsenenbildung ersichtlich, dass gegenüber dem Vorjahr Kürzungen vorgenommen wurden. Die Position 370.365, Institutionen, wurde im Voranschlag 2006 weggestrichen. Ich spreche noch zu den Einnahmen, welche gleich hoch budgetiert wurden wie im Vorjahr und gehe davon aus, dass weiterhin Projekte eingegeben werden. Besonders stossend finde ich aber, dass der Ertrag mit 82'000 Franken und der Aufwand mit 64'000 Franken budgetiert wurde, denn nach meiner Meinung will man auf Kosten der Erwachsenenbildung noch einen Gewinn heraus holen.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Die Fragen wurden von Alfred Arm schon zu einem früheren Zeitpunkt gestellt, und wir beantworteten sie bereits schriftlich. Trotzdem ein paar Worte: Wir haben im neuen Bildungsreglement - für dessen Beratung heute eine Kommission gebildet wurde - die Erwachsenenbildung aufgenommen, und diese Arbeit wird weitergehen. Die Erwachsenenbildung ist in Köniz eine rein freiwillige Aufgabe und die Übernahme der Kosten ist als fortschrittlich zu bezeichnen. Zu den Kürzungen der Beiträge an den Ortsverein Schliern und an die Landfrauen Niederscherli: Diese Kürzungen wurden vorgenommen, jedoch in Absprache und mit dem Verständnis der beiden Vereine. Zu den Löhnen für Lehrkräfte: Für diese Kurse gab es weniger Anmeldungen als budgetiert. Steigen die Teilnehmerzahlen für die Kurse wieder, wird der Betrag entsprechend erhöht.

Herr Urs Maibach (GB): Ich habe eine Frage zum Investitionsplan: Die Anpassung der Bushaltestelle Blinzern ist für 2007 vorgesehen, kann aber für die Situation der Buslinie 16 von Bedeutung sein. Bei der Position 242.501.0113 war für das Budget 2005 noch ein Betrag enthalten, der in diesem Jahr aber fehlt. Die Arbeiten sind jedoch noch nicht erledigt. Bei den Verkehrsanlagen 242.501 Basiserschliessung Fuss- und Radwegverbindungen - sicher ein Thema für das Grüne Bündnis - scheinen uns die eingesetzten Mittel doch etwas hoch gegriffen. Wir wollen nicht, dass hier Mittel gebunden werden, die andernorts dringender benötigt werden. Ich führe noch einen letzten Punkt auf: Die im Investitionsplan ab 2009 aufgeführte neue Querverbindung Köniz - Niederwangen scheint uns in Anbetracht der finanziellen Situation der Gemeinde sicher einer jener Punkte zu sein, die grundsätzlich aus dem Investitionsplan gestrichen werden könnten, was uns einige Einsparungen bringen würde.

Herr Ignaz Caminada (CVP): Ich bin zwar vehementer Anhänger von Veloverbindungen, beim Betrachten der Seiten 207 und 208, Position 242.501 Fussgänger- und Veloverbindung Schwarzenburgstrasse/Neuhausplatz, mit Kosten von rund 3 Millionen Franken, wurde mir aber etwas mulmig beim Gedanken daran, als Velofahrer auf dieser vergoldeten Verbindung zu fahren. Da die Position noch mit der Priorität A3 bezeichnet ist, scheint der

Wunsch nach dieser Verbindung gross zu sein. Ich begutachtete die Situation vor Ort und musste sachlich feststellen, es sei durchaus vertretbar, wenn die Velo Fahrenden, vor allem die Schulkinder - durch die nicht stark befahrene Stationsstrasse von der Schwarzenburgstrasse an den Neuhausplatz fahren können. Wir können hier keinen Streichungsantrag anbringen, aber 3,5 Millionen Franken für etwas einzusetzen, das nach meiner Meinung nicht notwendig ist, scheint mir nicht richtig zu sein.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Ich beginne bei der Position 242 oben: Für die Tempo-30-Zone Gurten-Gartenstadt ist kein Betrag mehr enthalten, weil in der Position 242.501, Einführung Tempo-30-Zonen alle entsprechenden Vorhaben zusammengefasst sind. Für 2006 wurden dort 165'000 Franken eingesetzt. Zur Fussgänger- und Veloverbindung Schwarzenburgstrasse/Neuhausplatz: Du hast Recht, Ignaz Caminada, die Stationsstrasse ist eine hervorragende Querverbindung, aber offensichtlich ist das Bedürfnis vorhanden, diese Verbindung noch zu verbessern. Ich muss allerdings erklären, dass die Zahlen nach 2006 im Investitionsplan zwar eingestellt, aber noch auf keine Art und Weise konsolidiert sind. Der Gemeinderat wird die Zahlen zu gegebener Zeit auf die richtige Höhe zurechtbiegen. Zu den diversen Positionen für die Basiserschliessung Fussgänger- und Veloverbindung Juch/Hallmatt: Das sind Massnahmen, die in der Überbauungsordnung Juch/Hallmatt vorgesehen sind und auch durch die Stimmberechtigten in der entsprechenden Volksabstimmung beschlossen wurden. Bei den eingesetzten Beträgen handelt es sich um die daraus resultierenden Kosten. Für die Fuss- und Radwegverbindung Moosbach sind 510'000 Franken Ausgaben und 330'000 Franken Einnahmen eingesetzt. Die Einnahmen werden von den Grundeigentümern bestritten, mit welchen ein Infrastrukturvertrag abgeschlossen wurde. Das gilt für alle Positionen Juch/Hallmatt. Wir bauen sicher nichts Luxuriöses oder Unnötiges, der Gemeinderat merkt von sich aus, wenn eine Investition keinen Sinn macht. Die Anpassung der Bushaltestelle Blinzern hat zwei Gründe: Erstens ist der Verbundsteinbelag an verschiedenen Orten defekt, und zweitens möchten wir die Haltestelle der Buslinie 16 an die Station der Buslinie 19 verlegen, was bauliche Massnahmen erfordert. Diese Haltestelle ist grosszügig bemessen, denn sie ist gleichzeitig noch Wendepplatz, und die Instandsetzung ist deshalb relativ teuer. Die Investition ist für das Jahr 2007 vorgesehen und somit noch nicht konsolidiert. Die neue Querverbindung Köniz - Niederwangen ist ab 2009 im Investitionsplan enthalten, und sie daraus zu streichen wäre unvernünftig, weil der Kanton kürzlich eine Zweck- und Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben hat, die genau diese Verbindung prüft. Kommt die Studie zum Schluss, die Querverbindung mache Sinn, und wir haben kein Geld mehr im Investitionsplan vorgesehen, haben wir ein Problem.

Die Parlamentspräsidentin: Wir stimmen zum Beschlussesentwurf über Ziffer 1 und 2 einzeln ab und von Ziffer 3 könnt ihr zustimmend, teilweise zustimmend oder ablehnend Kenntnis nehmen.

Einstimmig (Ziffern 1 und 2) bzw. 22 Stimmen zustimmend und 14 Stimmen teilweise zustimmend, bei einer Enthaltung (Ziffer 3 / Finanzplan) bzw. 16 Stimmen zustimmend und 19 Stimmen teilweise zustimmend, bei 2 Enthaltungen (Ziffer 3 / Investitionsplan) fasst das Parlament folgenden

Beschluss

1. **Das Parlament genehmigt den ausgeglichenen Voranschlag der Laufenden Rechnung 2006, der einen Gesamtaufwand und einen Gesamtertrag von jeweils Fr. 182'875'052 aufweist.**
2. **Im Jahr 2006 sind folgende Steuern zu erheben:**
 - **die ordentliche Gemeindesteuer im 1.54-fachen Betrag der für die Staatssteuern geltenden Einheitsansätze**
 - **die Liegenschaftssteuer von 1.2 o/oo auf dem amtlichen Wert der Liegenschaft**
 - **die Hundetaxe von Fr. 80.00 für jeden in der Gemeinde gehaltenen Hund.**
3. **Das Parlament nimmt Kenntnis von folgenden Plänen:**
 - **Finanzplan 2007 bis 2010 vom 19. Oktober 2005.**
 - **Investitionsplan 2006 bis 2011 vom 19. Oktober 2005..**

5. Finanzstrategie

Bericht; Präsidual- und Finanzdirektion

Herr Markus Stähli (SVP; GPK-Sprecher): Hierzu gibt es vonseiten der GPK nicht mehr mitzuteilen als das Resultat: Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, vom Beschlussesentwurf des Gemeinderates zustimmend Kenntnis zu nehmen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Der Gemeinderat arbeitete intensiv an der Finanzstrategie. Daraus resultierten einfache Zielsetzungen und ein Konzept von Massnahmen, das auf drei Beinen steht. Wie anlässlich der GPK-Sitzung erkläre ich diese wie folgt: Im Rahmen der Finanzstrategie nahm der Gemeinderat eine Stärken/Schwächen- und Chancen/Gefahren-Analyse unserer Gemeinde vor. Unter dem Stichwort Stärken stellten wir fest, dass der Selbstfinanzierungsgrad an sich hoch ist, momentan jedoch, bedingt durch zwei von mir vorher erklärte Phänomene, tiefer ist. Wir haben im Vergleich zu anderen Gemeinden im Kanton Bern eine mittlere Verschuldungsquote, d.h. wir sind nicht bis über beide Ohren verschuldet, was für eine Gemeinde, welche die "Kosten der Weite" wie auch Zentrumskosten tragen muss, nicht schlecht ist. Wir haben den autonomen Aufwand unter Kontrolle. Das sind Stärken. Unsere Schwäche ist, dass der Wuchs im Steuersubstrat nicht wunschgemäss erfolgt; unsere Steuereinnahmen stagnieren vor allem bei den natürlichen Personen, genauso wie die Einwohnerzahl der Gemeinde Köniz. Wir haben, das ist allen bekannt, einen Bilanzfehlbetrag, der bis 2009 abzubauen ist. Bei den Chancen haben wir festgestellt, dass wir Landgeschäfte mit hohem Ertragspotenzial realisieren können, aber auch Siedlungsprojekte anderer Grundeigentümer haben, die wir unterstützen und realisieren wollen. Diese geben uns die Chance, mit Baurechtszinsen nicht nur zusätzliche Erträge zu erzielen, sondern mit Neuansiedlungen von Firmen und mit neuen Einwohnenden das Steuersubstrat zu pflegen. Als Gefahr müssen wir die Konjunktur beachten, die ungewiss ist und im Moment noch nicht richtig anzieht. Wir hatten in den vergangenen Jahren im Transferbereich ein überdurchschnittliches Wachstum hinzunehmen und wir wissen nicht, welche weiteren Massnahmen Bund und Kanton erfinden werden, um zusätzliche Kosten zu überwälzen. Gemäss neuesten Untersuchungen des Bundesamtes für Statistik wird sich ein Trend mit einer negativen Dynamik in der Bevölkerungszahl abspielen. Es gibt aber genauere Analysen für den Kanton Bern, die aufzeigen, dass für Zentren und Agglomerationsgemeinden Chancen vorhanden sind, noch etwas zu wachsen. Deshalb haben wir den Eindruck, wir sollten in neue Landgeschäfte und Ansiedlungsprojekte investieren können. Man muss übers Ganze sehen, dass wir uns in einem Markt bewegen, der nicht mehr gross wachsen, wenn nicht sogar schrumpfen wird. Wir können nicht nur auf Entwicklungsprojekte setzen, sondern müssen auch andere Massnahmen ins Feld führen.

Im Rahmen eines kleinen Eintretens skizziere ich euch kurz, wie wir die sechs Zielsetzungen erreichen wollen. Die Strategie basiert auf drei Beinen: Als erstes wollen wir ein Gemeinde-lobbying aufbauen, im Kanton, im VRB, beim Verband bernischer Gemeinden, um weitere Kostenüberwälzungen zu verhindern, die uns Kanton und Bund auferlegen könnten. Ein Beispiel ist die Neuberechnung der Zentrumslasten, wo wir uns mit den Agglomerationsgemeinden aus dem Raum Bern, Thun und Biel zusammengeschlossen haben, um diese, mindestens bis zu einer Gesamtanalyse des FILAG, aufzuschieben. Das zweite Standbein unserer Strategie im Teil Massnahmen ist die Gemeindeentwicklung. Wir wollen unsere Landgeschäfte vorantreiben und die privaten Projekte zur Ansiedlung von neuen Unternehmen und Einwohnenden von der Gemeinde aus unterstützen. Das dritte Standbein ist die Sanierung des Haushaltes. Den ersten Schritt haben wir im Budget 2006 mit der Einsparung von 4 Millionen Franken gemacht und der zweite Schritt ist ein Sanierungspaket 2007 und 2008, mit welchem wir pro Jahr 2 Millionen Franken Verbesserungen in der Laufenden Rechnung ausgaben- und einnahmenseitig anbringen wollen, allerdings mit klaren Spielregeln.

Die Parlamentspräsidentin: Nun besteht die Möglichkeit, zu diesem Bericht Stellung zu nehmen oder Erklärungen abzugeben.

Herr Valentin Lagger (CVP): Zuerst danke ich dem Gemeinderat für die hier angebrachten Präzisierungen. Der Appetit kommt bekanntlich mit dem Essen und jetzt, da wir mehr wissen als in früheren Zeiten, machen wir vielleicht zwischendurch Bemerkungen, ich füge ein paar an: Den finanzpolitischen Zielen des Gemeinderates ist nichts beizufügen, diese sind korrekt und müssen zum grossen Teil, da von Kanton und Bund vorgegeben, auch so umgesetzt werden. Bezüglich der Massnahmen, welche der Gemeindepräsident vorhin erläuterte, ist aus

unserer Sicht richtig, was vorgeschlagen wird. Ich hätte eine Präzisierung betreffend Priorisierung: Luc Mentha hat mit dem Gemeindelobbying begonnen, das mir absolut notwendig und wichtig erscheint, aber ob diesem Ziel dürfen die anderen - wahrscheinlich wichtigeren - Massnahmen nicht aus den Augen gelassen werden. Ich erinnere mich an eine wunderschöne Aussage des damaligen Finanzministers Otto Stich, als er sagte, der Bundesfinanzminister sei ein Armer, der Finanzminister des Kantons ein noch Ärmerer und jener auf Gemeindeebene könne gar nichts mehr tun, weil unter ihm keiner mehr sei. Die Erfolgchancen eines Gemeindelobbyings sind zwar durchaus vorhanden, wahrscheinlich aber nicht sehr hoch einzustufen. Die Gemeindeentwicklung ist an die Hand zu nehmen und weiterzutreiben, wir werden hoffentlich in den nächsten Jahren davon profitieren können. Die Sanierung mittels Budgetverbesserungen reichen wahrscheinlich noch nicht weit, und wir müssen sicher noch weitere schmerzhafteste Prozesse hinter uns bringen. Im Übrigen unterstütze ich die Haltung von Harald Henggi, der vorhin sagte, Budgetrunden mit Kürzungen seien normale Prozesse. Bezüglich der Aufgabenverzichtsplanung sind vermutlich grössere Anstrengungen zu machen, und in diesem Zusammenhang müssen auch wir im Parlament wahrscheinlich jedes Geschäft sehr kritisch unter die Lupe nehmen. Wenn steht, dass jährliche Verbesserungen von wiederkehrend 2 Millionen Franken erreicht werden müssen, heisst dies massive Kürzungen an Vorlagen, die da kommen werden, womit der Gemeinderat gefordert sein wird. Betrachte ich z.B. das Geschäft Nr. 6 auf der heutigen Traktandenliste betr. Strassenlärmsanierung, Realisierung von Lärmschutzmassnahmen: Nice to have, bis 2018 umzusetzen, aber durchaus ein Projekt, für dessen Realisierung man sich der schlechten finanziellen Situation der Gemeinde bewusst sein muss. Geschäft Nr. 7 betr. Anbau Polizeigebäude, Sägestrasse 42, Köniz: Gerade erst wurde ein Verwaltungsgebäude gebaut, und nun sind für die Erstellung eines weiteren wieder 2 Millionen Franken zu bewilligen. Vielleicht auch nice to have und - das ist aus meiner Sicht unglücklich - zur Zeit im Investitionsplan nicht sichtbar, d.h. 2 Millionen Franken, die dann irgendwo gesucht werden müssen. Das Geschäft Nr. 8 betr. Projekt stationäre Geschwindigkeitsmessanlagen ist im Investitionsplan mit Priorität C3 aufgeführt, wird jedoch bereits jetzt behandelt. Der Ertrag ist im Budget 2006 ausgewiesen, der Aufwand jedoch nicht; auch das muss kritisch hinterfragt werden. Die Situation ist wirklich nicht gut, und ich würde anregen, dass dem Parlament in Zukunft die finanzpolitischen Abhängigkeiten der einzelnen Geschäfte transparent dargelegt werden.

Zusammengefasst: Wir unterstützen die Finanzstrategie 2006 - 2010, befürchten aber, dass die Situation noch schlechter ist, als sie hier dargestellt wird.

Herr Stefan Lehmann (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die klar abgefasste Finanzstrategie. Das Grundproblem ist auch hier der Bilanzfehlbetrag, der keinen Spielraum zulässt und bis 2009 abgebaut sein muss. Die SVP-Fraktion erklärt sich mit den getroffenen Massnahmen einverstanden. Die Unsicherheitsfaktoren wie Wirtschaftswachstum, Transferhaushalt und Steuereinnahmen bleiben bestehen. Richtig wird auch festgehalten, dass sicher kein Spielraum für Steuererhöhungen besteht. Eine gewisse Nachhaltigkeit ist vonnöten, denn die Gemeinde Köniz muss sich weiterhin entwickeln können, wofür Parlament und Gemeinderat einen gewissen Spielraum benötigen. Die Gemeinde kann durchaus neue Aufgaben erfüllen, nur muss sie dafür auf eine andere verzichten, was die grosse Prüfung dieser Aufgabenüberprüfung sein wird. Neue Einnahmequellen sind auch erwünscht, wenn man dem Bürger nicht einfach ohne Grund "Geld aus dem Sack ziehen" will. Wenn die Finanzstrategie die Grundlage für das Handeln des Gemeinderates auch in der neuen Zusammensetzung sein wird, haben wir etwelche Hoffnungen auf ein gutes Gelingen. Die SVP-Fraktion wird von der Finanzstrategie zustimmend Kenntnis nehmen.

Frau Gemeinderätin Verena Berger (SP): Ich möchte Valentin Lager erwidern: Betrachte den Investitionsplan etwas genauer, denn Vorlagen wie z.B. die Radaranlagen oder das neue Polizeigebäude sind darin enthalten. Ich wäre froh, wenn hier im Parlament nur Wahrheiten verbreitet würden.

Herr Hugo Staub (SP): Ich beginne gleich mit der Zusammenfassung, die ebenfalls die Zusammenfassung des letzten Geschäftes sein könnte: Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Nicht hoffnungslos, weil Köniz über ein grosses Potenzial verfügt und sich die Gemeinde insgesamt in den meisten Bereichen positiv entwickelt und ein grosses Gewicht als Schlüsselgemeinde in der wichtigsten Region des Kantons Bern hat. Wir haben aber eine

noch mehrere Jahre dauernde Gratwanderung vor uns: Auf der einen Seite muss darauf geachtet werden, dass nicht unnötig Geld ausgegeben wird, und auf der anderen Seite ist dafür zu sorgen, dass die nötigen Ausgaben getätigt und Investitionen in die Zukunft nicht verhindert werden. Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst deshalb, dass sich der Gemeinderat zu einer Doppelstrategie bekennt, einerseits aufs Sparen zu schauen und andererseits auch der Pflege des Steuersubstrates Rechnung zu tragen. Wir sehen darin ein Bekenntnis zu Schlüsselinvestitionen, zu attraktiven Dienstleistungen und zur Schaffung von guten Lebensbedingungen im Wohn- und Wirtschaftsstandort Köniz. Die SP/JUSO-Fraktion hätte noch mehr Freude, wenn sie einer Finanzstrategie mit besseren Eckwerten zustimmen könnte, aber hier zeigen Tatsachen und Lageanalysen, die man zwar beklagen kann, welche aber eine transparente und ehrliche Darlegung der Ausgangslage widerspiegeln, etwas anderes auf. Die SP/JUSO-Fraktion wird zustimmend Kenntnis von der Finanzstrategie nehmen.

Herr Urs Maibach (GB): Wir werden es vermutlich nur knapp schaffen, ich hoffe aber doch, den Bilanzfehlbetrag abzubauen. Passieren darf jedoch gar nichts, denn sonst haben wir für dringliche zusätzliche Aufgaben gar keine Reserven mehr. Das Grüne Bündnis steht hinter der vom Gemeinderat vorgelegten Finanzstrategie. Wir unterstützen die drei aufgezeigten Standbeine und hoffen, dass damit ein gutes Ziel erreicht werden kann. Die Steuererträge seien die Haupteinnahmequellen, und diese würden hauptsächlich durch die natürlichen Personen bestritten, die Einwohnerzahl sei in den letzten Jahren stabil geblieben, ist im Strategiepapier zu lesen. Wie kann eine Einwohnerzahl stabil gehalten oder sogar erhöht werden? Dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten, wie z.B. eine gute familienexterne Kinderbetreuung. Wenn im Strategiepapier steht, ein Anstieg der Steuererträge sei nur durch Ansiedlung von neuen Unternehmen und die Förderung von Wohneigentum oder Wohnbau möglich, muss ich dem entgegenhalten, dass noch eine weitere Möglichkeit besteht, diese zu erhöhen. Wenn wir die familienexterne Kinderbetreuung so ausbauen, dass beide Elternteile arbeiten können, entstehen erhöhte Einkommen und dadurch erhöhte Steuereinnahmen. Ich rege an, diese Überlegung noch zu vertiefen. Heute wurde erklärt, der Gemeinderat wolle keine Landverkäufe mehr tätigen, sondern Land nur noch im Baurecht abgeben, was wir vom Grünen Bündnis als eine gute Strategie erachten.

Herr Harald Henggi (FDP): Ich äusserte mich bereits anlässlich der Budgetdebatte kurz zur Finanzstrategie. Ich danke dem Gemeinderat für die umfassende Ausarbeitung der Finanzstrategie. Wir haben den Eindruck, auf dem richtigen Weg zu sein. Nach wie vor ist die dringliche Aufgabe die Sanierung des Bilanzfehlbetrages bis 2009, dieser Weg ist konsequent zu gehen. Wenn ich jedoch an die heutige Diskussion denke, habe ich gemischte Gefühle, und deshalb bleibt nur die Aufforderung an den Gemeinderat, die Ziele und Massnahmen konsequent und beharrlich weiter zu verfolgen, aber auch an uns Parlamentsmitglieder, die notwendige Disziplin für die Zielerreichung walten zu lassen und somit etwas Handlungsfreiheit zu erhalten. Die FDP/jfk-Fraktion nimmt zustimmend Kenntnis von der Finanzstrategie.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ein Satz in der Finanzstrategie machte mir grosse Freude, Luc Mentha: "Zweitens soll durch gezielte Aufgabenüberprüfung.." Ein von mir gefordertes Ziel, wozu es hiess, es sei eine Worthülse. Diese so genannte Worthülse hier wiederzufinden, freut mich.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich danke für die gute Aufnahme der Finanzstrategie. Dieses Geschäft gehört nicht zu den Lieblingsbeschäftigungen des Gemeinderates, sondern ist eine zu erledigende Pflicht die wir so gut als möglich erfüllen wollen. Wir haben bereits den Vorsatz gefasst, unseren Finanzhaushalt im Rahmen der Umsetzung der Finanzstrategie gesund zu schrumpfen, aber nicht kaputt zu sparen. Dieser Grat ist relativ schmal, und wir bewegen uns noch auf der strategischen Ebene. Die Stunde der Wahrheit wird aber folgen, und vielleicht tönt es vom einen oder anderen Parlamentarier - je nach getroffener Massnahme- plötzlich anders. Dem Gemeinderat ist klar, dass mit einem Gemeindelobbying nur Einfluss genommen werden kann, aber wir wollen diesen Weg trotzdem beschreiten, und wenn es uns beispielsweise gelingt, im Bereich der Neuberechnung der Zentrumslasten rund 1 Million Franken an Mehrkosten, die auf uns zukommen könnten, um zumindest ein paar Jahre zu verschieben, hat sich das entsprechende Lobbying bereits gelohnt. Im Grossen Rat wird in der Januarsession ein dringlicher Vorstoss der Parlamentarier Feller (Steffisburg), Bernasconi (Worb) und einem Politiker aus Lyss behandelt, den ich euch bitte zu unterstützen,

indem ihr euren Einfluss bei euren Parteimitgliedern im Grossen Rat geltend macht. Die Gratwanderung soll durchaus im Sinn des Votums von Hugo Staub absolviert werden, indem wir laufend versuchen wollen, neue Erkenntnisse zu gewinnen und zu bestimmen, ob der Aufwand bei den drei von uns vorgesehenen strategischen Beinen notwendig ist oder ob wir mehr oder weniger Mittel benötigen. Das Sanierungspaket wird anfangs 2006 ausgelöst und im Laufe des Jahres erarbeitet, und die Entscheide gehen zurück in den Gemeinderat, der im Einzelnen zu entscheiden hat, was umzusetzen ist.

Bernhard Bichsel, ich möchte nun die leere Worthülse noch etwas füllen und euch bekannt geben, was hinter dieser Aufgabenprüfung steht, und das Sanierungspaket kurz beschreiben: Der Fokus liegt auf der Laufenden Rechnung, auf beeinflussbaren Ausgaben, es wird keine linearen Kürzungen geben, und wir werden Ausgaben und Einnahmen prüfen. Der Steuersatz darf nicht erhöht werden, das ist ausgeschlossen. Landgeschäfte dürfen nicht nach dem Prinzip "Verscherbelung des Tafelsilbers" abgewickelt werden. Es wird darum gehen, freiwillige Aufgaben zu reduzieren, eventuell sogar darauf zu verzichten, und es geht auch darum, dem Gemeinderat Effizienzsteigerungsmassnahmen vorzuschlagen und Standardüberprüfungen vorzunehmen. Wir werden die 2 Millionen Franken Einsparungen auf die Direktionen aufteilen mit Richtwerten, wie viel jede einzelne umzusetzen hat und wie hoch die Querschnittvorgabe z.B. im Personalwesen sein muss. Als persönliche Bemerkung, weil der Gemeinderat dies noch nicht beraten hat: Ich könnte mir vorstellen, dass wir dem Parlament in Bezug auf das Budget eine Vorgabe mitgeben werden, womit es statt nur strategisch auch operativ handeln könnte und schauen, wie die entsprechende Sparquote im Parlamentskredit eingehalten werden kann. Das muss jedoch zuerst noch im Gemeinderat besprochen werden. Die Direktionen werden Richtwerte erhalten, sind verantwortlich für die Erarbeitung der Sanierungsvorschläge und müssen dem Gemeinderat Bericht erstatten, wie sie die Vorgaben erfüllen werden. Die Vorschläge müssen einen Raster ausfüllen, wir müssen wissen, ob Kündigungen im Spiel sind, ob es um Mehreinnahmen geht, ob es in einer ersten Beurteilung ein politisch heikles Geschäft ist usw. Der Gemeinderat wird erst dann im Einzelfall auf die Sanierungsvorschläge eingehen und sagen, ob sie akzeptiert werden können oder für weitere Abklärungen an die entsprechende Direktion zurück gehen. Wir werden euch eine erste Tranche im Budget 2007 vorlegen und eine zweite im Budget 2008. Damit hoffe ich, dass der Begriff Aufgabenüberprüfung etwas mehr Konturen erhalten hat.

Mit grossem Mehr - zustimmend - fasst das Parlament folgenden

Beschluss:

Das Parlament nimmt Kenntnis von der Finanzstrategie 2006 bis 2010 des Gemeinderates.

Die Parlamentspräsidentin: Wir unterbrechen hier die Traktandenliste und fahren nächsten Montag weiter. Wir behandeln noch das Traktandum Verschiedenes.

6. Verschiedenes

Die Parlamentspräsidentin: Folgender Vorstosse wurde eingereicht:

0527 Interpellation SP/JUSO betr. Mobilfunkantennen

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Am 9. Dezember 2005 wurde eine Medienorientierung über den Wettbewerb für den "Park im Liebefeld" durchgeführt. Ihr wurdet alle eingeladen, mir war aber der ungünstige Zeitpunkt für euch um 11.00 Uhr mittags klar. Aus diesem Grund gebe ich zwei weitere Termine bekannt, an welchen durch die Ausstellung im Gemeindehaus Bläuacker geführt wird: Am 13.12.2005 um 18.00 Uhr und am 22.12.2005 um 16.00 Uhr. Beide Male führt Manfred Leibundgut durch die Ausstellung. Wir sind alle hoch begeistert über die eingegangenen Wettbewerbsbeiträge, wir hatten die Wahl zwischen zwölf guten Projekten, und das von uns gewählte war das sehr gute Projekt. Für jene, die an einer Führung interessiert sind, aber an keinem der beiden Termine teilnehmen können, stehen Manfred Leibundgut oder ich auf Voranmeldung persönlich zur Verfügung.

Herr Urs Maibach (GB): In den letzten Wochen hörten wir gelegentlich davon, dass auf dem Gurten eine Schneekanone installiert werden solle. Dank grosser Opposition wurde diese Idee

glücklicherweise nicht umgesetzt. Am 9. Dezember konnte ich der Zeitschrift "20 Minuten" entnehmen, dass nun der Abrieb von der Eisbahn Oberlangenegg für eine griffige Unterlage Sorge. Dieser Eisabrieb gelangt höchst wahrscheinlich mittels Lastwagen auf den Gurten. Weiss der Gemeinderat davon und wenn, sind diese Fahrten bewilligt oder was gedenkt der Gemeinderat - wenn er es noch nicht weiss - zu unternehmen, um das zu wissen?

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Der Gemeinderat erhielt weder eine dahingehende Anfrage noch Kenntnis von Tatsachen, die über das in der Presse Gelesene hinausgehen. Der Gurten-Park im Grünen verfügt über ein Jahreskontingent an Fahrbewilligungen, und wenn die Fahrten innerhalb dieses Kontingentes durchgeführt werden, haben wir dazu nichts zu sagen.

Herr Urs Maibach (GB): Ich frage nach, wie dieses Fahrbewilligungskontingent aussieht. Nach meiner Meinung hat ein Heranführen von Schnee auf den Gurten nicht in einer normalen Betriebsbewilligung Platz.

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Die Bewilligung gilt für gewisse Autonummern, bei welchen jedoch die Art der Transporte nicht definiert ist.

Die Parlamentspräsidentin: Wir verschieben uns nun in den Rittersaal vom Schloss Köniz für den Abschiedsapéro der Gemeinderätinnen Simonetta Sommaruga und Verena Berger sowie Gemeinderat Hans Siegenthaler. Die Fortsetzungssitzung findet am nächsten Montag, 19. Dezember, um 19.00 Uhr statt.

Schluss der Sitzung 20.30 Uhr

Für das Protokoll: Ruth Spahr

Im Namen des Parlamentes

Die Präsidentin

Die Sekretärin

Judith Ackermann

Elisabeth Zürcher